

# STELLUNGNAHME

März 2017

## **Mehr Gerechtigkeit in der internationalen Finanz- und Steuerpolitik**

VENRO-Forderungen an die deutsche G20-Präsidentschaft

Nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 und des Klimaabkommens von Paris bedarf stabiler Finanzmärkte und ausreichender öffentlicher Mittel. Sie sind Voraussetzungen dafür, dass die globalen Ziele wie die Überwindung von Hunger und Armut, Gesundheit, Bildung und Geschlechtergerechtigkeit für alle Menschen und nachfolgende Generationen sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen erreicht werden können.

Seit der Finanzkrise des Jahres 2008 hat die Gruppe der 20 (G20) teilweise weitreichende Regulierungen bei Banken und Derivatmärkten vorgenommen. Das Finanzmarktsystem ist aber trotzdem weiterhin krisenanfällig, weil seine grundlegenden strukturellen Schwächen noch immer nicht angegangen wurden. Deshalb ist es besorgniserregend, dass der Reformwille bei einigen G20-Mitgliedsstaaten zu erschlaffen scheint. Auch die Bundesregierung geht mit ihren Vorschlägen leider nicht über das bereits Beschlossene hinaus.

Die G20 hat auch bei der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung von Unternehmen und Privatleuten beachtliche Fortschritte gemacht. Die vereinbarten Regelungen reichen aber noch nicht aus, um die öffentlichen Haushalte insbesondere in den Entwicklungsländern langfristig und solide auszustatten. Für die Umsetzung aller Maßnahmen brauchen vor allem ärmere Länder zudem umfassende technische und finanzielle Unterstützung.

Die Bundesregierung hat angekündigt, im Rahmen ihrer Präsidentschaft in der G20, die sie vom 1. Dezember 2016 bis zum 30. November 2017 inne hat, Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, zur Stärkung der internationalen Finanzmarktarchitektur und zur Gestaltung der internationalen Besteuerung voranzutreiben. Darüber hinaus will sie zur Verbesserung der Investitionsbedingungen in den Ländern Afrikas beitragen. Die „Compacts with Africa“ bilden einen Schwerpunkt der deutschen Präsidentschaft. Über sie sollen die Rahmenbedingungen für private Investitionen insbesondere im Infrastrukturbereich verbessert werden. Grundsätzlich ist diese Initiative begrüßenswert. Wie bei allen Maßnahmen zur nachhaltigen Gestaltung des Finanz-,

Steuer- und Investitionssystemen gilt auch hier, dass ergriffene Maßnahmen nicht zulasten der Ärmsten und vulnerabler Gruppen gehen dürfen und verbindliche sozial-ökologische und menschenrechtliche Standards einhalten werden müssen.

Im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft hat die Bundesregierung die Gelegenheit, sich für ein gerechteres und nachhaltigeres internationales Finanz- und Steuersystem einzusetzen. Insbesondere folgende Maßnahmen sollte sie zum jetzigen Zeitpunkt innerhalb der G20 vorantreiben:

## **FINANZMARKTSTABILITÄT SICHERN UND INTERNATIONALE FINANZ-ARCHITEKTUR STÄRKEN**

### **Kapitalverkehr: Liberalisierung nicht als Grundbedingung**

Die Bundesregierung will erreichen, dass alle G20-Staaten den OECD-Kodex zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs übernehmen. Der Kodex ist einseitig an Liberalisierung orientiert. Vor allem auch Entwicklungs- und Schwellenländer hatten in den letzten Jahrzehnten mit einem zu stark liberalisierten Kapitalverkehr und entsprechend volatilen Finanzflüssen große Probleme. Zwar werden Ländern einige Freiheiten für Kontrollen zugestanden, aber die Beschränkungen gehen immer noch zu weit.

### **VENRO fordert deshalb die Bundesregierung auf,**

- das Vorhaben aufzugeben, den OECD-Kodex zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb der G20 durchzusetzen.

### **Schattenbanken: Weitere Regulierungen nötig**

Die Bundesregierung will die Umsetzung der von der G20 beschlossenen Maßnahmen zur Regulierung von Schattenbanken vorantreiben. Dieses Vorhaben ist zu begrüßen, um den drohenden systemischen Risiken zu begegnen, die von neuen Finanzprodukten und der Vernetzung von Banken und Schattenbanken ausgehen.

## **VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich in der G20 dafür einsetzt, dass**

- der Schattenbankensektor entsprechend den von ihm ausgehenden systemischen Risiken reguliert und beaufsichtigt wird. Dies umfasst, dass neue Finanzprodukte geprüft und riskante Produkte verboten werden und dass jeder Akteur für die von ihm ausgehenden Risiken angemessene Sicherheiten bereitzuhalten hat.
- die Vernetzung von Banken und Schattenbanken unterbunden wird.

## **Grüne Finanzierung: Offenlegung und Mindeststandards verbindlich machen**

Die Bundesregierung setzt die Arbeit der chinesischen G20-Präsidentschaft zum ökologischen Finanzwesen („Green Finance“) fort. Weiter entwickelt werden sollen Maßnahmen zur Regulierung von ökologischen Anleihen („Green Bonds“) und zur Offenlegung von klimabezogenen Finanzrisiken.

## **VENRO fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft für Regelungen einzusetzen, durch die**

- klimabezogene Finanzrisiken verbindlich offengelegt werden. Dies gilt vor allem für Produkte großer und börsennotierter Unternehmen.
- Finanzprodukte und Finanzierungen, egal ob sie am Kapitalmarkt oder über den Bankensektor angeboten werden, die Ziele der Agenda 2030 und des Klima-Abkommens von Paris unterstützen. Entsprechend müssen Regulierungen und Rechenschaftsmechanismen formuliert werden, die dies garantieren und verbindliche sozial-ökologische und menschenrechtliche Standards festlegen, die auch die freie, informierte und vorhergehende Zustimmung von Betroffenen sichern.

## **Finanzielle Einbindung: Mit Augenmaß vorgehen**

Die Bundesregierung plant, die Einbindung in den Finanzsektor („Financial Inclusion“) gerade auch von ärmeren Menschen weiter zu verfolgen. Grundsätzlich ist ein besserer Zugang zu Konten, elektronischen Zahlungssystemen und Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und Privatleute begrüßenswert. Wichtig ist aber, dass diese Einbindung nachhaltig verläuft und keine Krisen nach sich zieht. Beispielsweise hatte im vergangenen Jahr das Verbot eines Großteils des Bargelds zur Durchsetzung elektronischer Zahlungssysteme in Indien vor allem für viele arme Menschen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen teilweise katastrophale Folgen, da viele Menschen nicht einmal ein Konto besitzen. Auch dürfen weitere Risiken der Einbindung aller

Menschen in den Finanzsektor nicht vernachlässigt werden. Wie der Umgang mit Mikrokrediten gezeigt hat, kann ein leichterer Zugang zu Krediten schnell in die Überschuldung führen.

**VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich dafür einsetzt, dass alle G20-Länder das Grundprinzip des „Leave no one behind“ der Agenda 2030 anwenden und darauf achten, dass**

- bei der finanziellen Einbindung niemand vernachlässigt wird, insbesondere nicht Frauen und vulnerable Gruppen.
- die finanzielle Einbindung aller in das Finanzsystem mit Augenmaß betrieben wird. Es sollten möglichst lokal stimmige Lösungen gewählt werden, die sicherstellen, dass niemand benachteiligt wird.

## **Staatsschulden: Entschuldungsverfahren mit verbindlichen Regeln**

Die Bundesregierung will sich um eine Verbesserung der staatlichen Schuldentragfähigkeit bemühen. Neben den öffentlichen sollen nun auch die privaten Schulden in den Blick genommen werden. Insbesondere bei der Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships, PPP) und anderen öffentlichen Konzessionen für Privatinvestitionen muss sichergestellt werden, dass nicht private Unternehmen die Gewinne abschöpfen, während die untragbaren Risiken und sich daraus möglicherweise ergebende zukünftige Verschuldungen bei der öffentlichen Hand verbleiben. Dies gilt auch und insbesondere für die über die „Compacts with Africa“ anvisierten PPP im hoch risikoreichen Infrastrukturbereich.

**VENRO fordert die Bundesregierung auf, sich in der G20 für einen nachhaltigen Umgang mit Staatsverschuldung einzusetzen. Entsprechend sollte sie darauf drängen, dass mindestens folgende Maßnahmen ergriffen werden:**

- Ein verbindliches und umfassendes Um- und Entschuldungsverfahren, wie von der UN-Generalversammlung vorgeschlagen, muss vereinbart werden. In Entschuldungsverfahren müssen alle Schulden einbezogen werden, auch solche aus öffentlich-privaten Partnerschaften.
- Nicht nur kreditnehmende Staaten, sondern auch die Kreditgeber sollten sich an den Richtlinien für die verantwortliche staatliche Kreditaufnahme und -vergabe, wie die UNCTAD sie vorgeschlagen hat, orientieren. Gegebenenfalls sind auch eine Deckelung der Kredite in bestimmten Sektoren und das Verbot besonders riskanter Kreditvergaben (z.B. in Fremdwährungen) notwendig.

- Entscheidungen über Schuldenerlasse müssen von unabhängigen Instanzen auf Basis von Gutachten getroffen werden, die von Gläubigerinteressen unabhängig sind. Grundlage hierfür ist ein verbindlicher Rechtsrahmen für Um- und Entschuldungen, wie ihn die Vereinten Nationen (UN) vorgeschlagen haben. Investor-Staat-Klagen gegen Maßnahmen in Schuldenkrisen müssen ausgeschlossen werden.

## **BESTEuerung INTERNATIONAL FAIR UND VERLÄSSLICH GESTALTEN**

### **Unternehmenssteuervermeidung: Maßnahmen umsetzen und ausbauen**

Die G20-Beschlüsse zur Steuervermeidung von Unternehmen (OECD-Projekt zu Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) führen unter anderem zur Verbesserung der Transparenz bei Unternehmen über länderbezogene Berichte.

### **VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich bei den G20-Ländern dafür einsetzt, dass**

- diese die Transparenz weiter erhöhen, indem sie ihre länderbezogenen Berichte mit allen betroffenen Staaten austauschen und die Daten aus diesen außerdem veröffentlichen, um Regierungen und Bevölkerung die Überprüfung der Steuerzahlungen zu ermöglichen.

### **Steuerinformationen: Austausch auch einseitig vornehmen**

Der automatische Informationsaustausch von Steuerinformationen des BEPS-Projekts ist zu Recht von der G20 zum internationalen Standard im Kampf gegen Steuerhinterziehung gemacht worden. Er soll ab 2017 bzw. 2018 von fast 100 Staaten umgesetzt werden. Offen bleibt aber weiterhin, wie umfassend Informationen ausgetauscht werden. Hier besteht weiterhin Klärungsbedarf, insbesondere mit einigen Steueroasen wie der Schweiz.

### **VENRO fordert die Bundesregierung auf, dass sie sich bei den G20-Ländern dafür stark macht, dass**

- diese mit gutem Beispiel vorangehen und die wichtigen Steuerinformationen umfassend austauschen. Sofern ärmere Staaten aus Kapazitätsgründen noch keine Daten liefern können, sollten ihnen auch einseitig die wichtigsten Steuerinformationen zugänglich gemacht werden.

## **Wirtschaftliche Berechtigte: Transparenz schaffen**

Die Identifikation von tatsächlichen Eigentümer\_innen („wirtschaftlich Berechtigten“) an Firmen, Stiftungen und Investmentgesellschaften bleibt ein Kernstück im Kampf gegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Korruption. Das Bundesfinanzministerium hat Ende 2016 auf nationaler Ebene einen beachtlichen Vorschlag gemacht und plant die Daten in einem Register offenzulegen.

## **VENRO fordert die Bundesregierung auf, alle G20-Länder und die EU dazu zu anzuhalten, dass diese**

- öffentliche Register mit den wirtschaftlich Berechtigten an Unternehmen, Stiftungen, Trusts und anderen Rechtskonstrukten einführen.

## **Steuerwettbewerb: Endlich unterbinden**

Weitere Maßnahmen sind bei der Beseitigung schädlicher Sondersteuern, die den internationalen Steuerwettbewerb anheizen, notwendig. Die Entscheidung der G20, alle Staaten zur Teilnahme am BEPS-Projekt einzuladen („Inclusive Framework“), ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ärmeren, von den Maßnahmen besonders betroffenen Länder am gesamten BEPS-Prozess nur mangelhaft beteiligt waren.

## **VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie im Rahmen ihrer Präsidentschaft in der G20 darauf drängt, dass**

- der internationale Steuerwettbewerb unterbunden und stattdessen vereinbart wird, dass Unternehmen einer Mindestbesteuerung unterliegen. Für transnationale Konzerne könnte eine Gesamtkonzernsteuer mit global konsolidierten Gewinnen und Formelaufteilung anhand von Umsätzen, Beschäftigten und physischen Anlagen eingeführt werden.
- die ärmeren Länder umfassend an der Gestaltung der Umsetzung der BEPS-Maßnahmen im Rahmen des „Inclusive Framework“ beteiligt werden. Mittelfristig sollten das BEPS-Projekt und die Arbeit an internationalen Steuerstandards unter das Dach der UN geführt werden.

## INVESTITIONSBEDINGUNGEN FÜR ALLE VERBESSERN

### **Steuerliche Anreize und Konzessionen: Steuerwettbewerb verhindern**

Von steuerlichen Anreizen und anderen Konzessionen, die Investoren anlocken sollen, sollte Abstand genommen werden. Sie heizen den zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den Ländern noch weiter an.

### **VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich in der G20 für**

- internationale Abkommen zu Mindeststandards für Investitionsförderungen einsetzt, die für die öffentlichen Einnahmen schädliche Steueranreize ablösen.

### **Privatinvestitionen: Nicht zulasten der Ärmsten tätigen**

Profitorientierte Privatinvestor\_innen und institutionelle Anleger\_innen sollten sich mit ihren Aktivitäten in die nationalen Entwicklungsstrategien einpassen und sozial-ökologische und menschenrechtliche Mindeststandards einhalten, um den jeweiligen Bedürfnissen der Bevölkerungen gerecht zu werden.

### **VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich in der G20 dafür einsetzt, dass**

- private Investitionen in Infrastrukturprojekte nicht zulasten der Ärmsten und vulnerabler Gruppen gehen oder in Konkurrenz zu Investitionen in soziale Grunddienste treten.

### **Finanzierung: National und lokal sichern**

Nachhaltige und entwicklungsfördernde Investitionen müssen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit berücksichtigen. Dies können internationale Investitionen nur bedingt leisten. Zudem birgt der starke Fokus auf kreditfinanzierte internationale private Investitionen viele Risiken, wie die Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte immer wieder gezeigt haben.

### **VENRO fordert die Bundesregierung auf, sich in der G20 dafür einzusetzen, dass**

- für die nachhaltige Finanzierung privater Investitionen nationale und lokale Finanzsysteme wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken aufgebaut werden.

# STELLUNGNAHME

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.  
(VENRO)

Stresemannstr. 72  
10963 Berlin  
Tel.: 030 2639299-10

E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

Internet: [www.venro.org](http://www.venro.org)

Berlin, März 2017

**Redaktion:**

Markus Henn (WEED), Eva Hanfstängl (Brot für die  
Welt), Dr. Klaus Schilder (MISEREOR), Dr. Sonja  
Grigat (VENRO)

**Endredaktion:**

Steffen Heinzelmann (VENRO)

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des

